

## Ergebnisprotokoll

### **Runder Tisch „Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ am 28. 10. 2024 in Neustrelitz**

Über 30 Personen nahmen am Runden Tisch „Gedenkstättenarbeit in M-V“ teil, der von Dr. Andreas Wagner (Politische Memoriale e. V./ Sprecherrat AG Gedenkstätten) moderiert wurde.

Nach der Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung sprach Dr. Christian Halbrock über die Erarbeitung der Geschichte der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Neustrelitz. Anhand verschiedener historischer Fotos charakterisierte er die Besonderheiten der Neustrelitzer Haftanstalt gegenüber den anderen Gefängnissen der MfS-Bezirksverwaltungen. Im Unterschied zu allen anderen DDR-Bezirken nahm die MfS-Bezirksverwaltung im Bezirk Neubrandenburg 1953 ihren Sitz in Neustrelitz und nicht in der großflächig zerstörten Bezirkshauptstadt. Aus dem Provisorium entwickelte sich dann aber eine lange Dauer. Das Gefängnis zog erst 1986/87 in den Neubau nach Neubrandenburg und war damit eine der letzten Stasi-Abteilungen, die nach Neubrandenburg wechselten. Baulicher Verfall, schlechte Haftbedingungen und Übergriffe der Wärter gehörten zum Haftalltag. Außerdem bestand ein Geflecht von Haftanstalten und Gerichtsorten in der Region, das in der Retrospektive nicht leicht zu durchdringen ist. Die Zusammensetzung der Häftlinge unterscheidet sich von anderen Stasi-Haftanstalten durch den hohen Anteil von militärgerichtlich Inhaftierten und von „nicht-politischen“ Häftlinge, denen z. B. Wirtschaftsstraftaten vorgeworfen wurden oder die Angehörige der SED-Nomenklatura und der Sicherheitsorgane waren. Außerdem bildeten Straftaten im Zusammenhang mit den zahlreichen sowjetischen Militärstandorten sowie Häftlinge polnische Staatsangehörigkeit Besonderheiten in der Häftlingsstruktur. Anhand von Einzelfällen gab Dr. Halbrock einen Überblick zu den Haftbedingungen. Fragen wurden zu den militärgerichtlichen Verfahren sowie zu den schriftlichen Quellen und den befragten Zeitzeugen gestellt, zu denen auch Angehörige des MfS zählen.

Anschließend starteten zwei Mitglieder des Vereins „Stasi-Haftanstalt Töpferstraße“ mit einer Führung über das ehemalige MfS-Gelände und durch den Erinnerungsort. Sie gaben einen Überblick zu den baulichen Veränderungen im Quartier und zur Einbettung der Bezirksverwaltung in den städtischen Alltag. Die Lage der Bezirksverwaltung erschwerte die Geheimhaltung und Abschirmung der Untersuchungs-Haftanstalt. Im Obergeschoss konnten wir die authentischen Haftzellen mit der neuen Ausstellung besichtigen, die vor allem auf den 20 Interviews mit ehemals Inhaftierten bzw. deren Familienangehörigen basiert. In den Gesprächen während der Führung fragten die Teilnehmenden nach der historischen Bedeutung des Gefängnisses für die NS-Justiz, nach der Dokumentation der Haftschicksale aus den 1950er Jahren sowie der historischen Einbettung des Haftortes in die Geschichte der Bezirksverwaltung und der DDR-Geschichte.

Nach der Mittagspause sprach das Vorstandsmitglied des Trägervereins Falk Jagszent über die aktuelle Arbeit und die zukünftigen Herausforderungen. Der Verein wurde 2011 gegründet und kann auf vielfältige Aktivitäten verweisen. Um den laufenden Betrieb zu sichern, ist er auf Fördermittel für die Betriebskosten und die anteiligen Fahrstuhlkosten angewiesen. Für die Erarbeitung der neuen Ausstellung wurden umfangreiche Fördermittel akquiriert. Die

damit verbundenen Steuerungs- und Verwaltungsaufgaben brachten jedoch den Vorstand an den Rand seiner Leistungsfähigkeit. Ohne eine zukünftige Personalstelle kann der Verein seine Arbeit nicht weiterführen. Seine Ausführungen zur aktuellen pädagogischen Arbeit illustrierten das Erreichte: enge Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Carolinum mit der Abordnung von Lehrerwochenstunden für Bildungsangebote in der Gedenkstätte, Absicherung von Öffnungszeiten (Donnerstag- und Sonntagnachmittag) mit insgesamt 500 Besuchern (2024), mit Veranstaltungen und Gruppenbesuchen wurden ca. 1000 Besucher pro Jahr gezählt. Von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit mit der Bundespolizeischule, dem Jugendarrest Neustrelitz und anderen Lernorten in Neustrelitz. In der Diskussion ging es vor allem um die Zusammenarbeit mit den Schulen, die Erfahrungen am Gymnasium Carolinum mit der Einbettung der Gedenkstättenbesuche sowie um die methodisch-didaktischen und organisatorischen Herausforderungen für eine stärkere Einbeziehung der Gedenkstätte in den Schulunterricht.

Nach der Kaffeepause stellte Dr. Steffen Schoon (IQ Mecklenburg-Vorpommern) zwei gegenwärtig in Bearbeitung befindliche Verwaltungsvorschriften vor, die zukünftig auch für Gedenkstätten von Bedeutung sein werden. Die Richtlinie zu den Gedenkstättenfahrten/ Orte des kulturhistorischen Erbes soll verschlankt werden, um Lehrern eine vereinfachte und kurzfristigere Antragstellung zu ermöglichen. Auch die gestiegenen Kosten für Busse sollen sich niederschlagen. Die Idee, dass Gedenkstätten stellvertretend Anträge für Schulen stellen können, fand unter den Anwesenden wegen der knappen personellen Ressourcen keine Mehrheit. Gegenwärtig stehen für diesen Haushaltspunkt 150.000,- € zur Verfügung. Als zweite Verwaltungsvorschrift stellte Dr. Schoon „Lernen am anderen Ort“ vor. Aufgrund der Stellungnahme des Sprecherrates der AG Gedenkstätten gab es einige Veränderungen in den Formulierungen. Als Unterstützungsleistungen des Bildungsministerium für den Schulunterricht an anderen Lernorten sind sowohl eine Abordnung von Lehrkräften als auch finanzielle Unterstützungen vorgesehen. Nun liegt es an den Gedenkstätten, auf der Grundlage einer qualifizierten konzeptionellen Beschreibung von Lernangeboten Anträge an das Bildungsministerium zu stellen. Die Neustrelitzer Gedenkstätte kooperiert mit dem Carolinum und ein Geschichtslehrer betreut pädagogische Angebote in der Gedenkstätte. Gegenwärtig stehen für das gesamte Programm 400 Lehrerwochenstunden zur Verfügung.

In der abschließenden Seminarsequenz wurden unterschiedliche Themen vorgestellt und diskutiert. Anja Pinnau (Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin) stellte den Arbeitsstand der „Bedarfserfassung der AG Gedenkstätten“ vor. Nach einer zeitnahen Abstimmung mit der LpB soll das Papier mit konkreten Forderungen in die Öffentlichkeit präsentiert werden. Dazu ist die Unterstützung aller Gedenkstätten und Erinnerungsorte notwendig, die sich an die jeweiligen regionalen Landtagsabgeordneten mit dem Papier wenden sollen. Es folgten einige Informationen von Corinna Wagner-Stempkowski (LpB M-V) zu gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkten im Gedenkstättenreferat der LpB. Sie bat um Ideen/Wünsche für digitale Fortbildungen und Veranstaltungen in Präsenz. Weiterhin soll die Homepage der Gedenkstätten mit Unterstützung der Einrichtungen im Land noch stärker publik werden. Dazu wird es Werbematerial geben. Zuletzt informierte Fabian Schwanzar (EBB Alt Rehse) über das Angebot, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem LJR zu erfragen. Dazu wird es am 6. November ein Gespräch geben. Er stellte Ergebnisse der bundesweiten Gedenkstattentagung in Weimar vor und kündigte an, dass er sich mit den Einrichtungen

wegen der Bestandserfassung in den Archiven/ Sammlungen der Gedenkstätten in Verbindung setzen wird, um den Bedarf an Fortbildung und Archivmaterialien zu erfragen.

Abschließend wurden die Runden Tische für 2025 festgelegt: Sie sollen am 24. März 2025 in Stavenhagen (Synagoge/NS-Geschichte) und im Herbst in Bützow (Strafvollzug/SBZ- und DDR-Geschichte) stattfinden.

Am Ende versammelten sich die anwesenden Mitglieder der AG Gedenkstätten und wählten einen neuen Sprecherrat. Der Wahlvorschlag erhielt die volle Zustimmung mit 11 Ja-Stimmen. Der neue Sprecherrat besteht aus:

Anja Pinnau (Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin)

Luisa Taschner (Grenzhus Schlagsdorf)

Dr. Philipp Aumann (HTM Peenemünde)

Fabian Schwanzar (EBB Alt Rehse)

Sie werden sich zeitnah zu einer konstituierenden Sitzung treffen und die anstehenden Arbeitsaufgaben verfolgen.

Schlagsdorf, 29. Oktober 2024

gez. Andreas Wagner